

Niederschrift

über die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)
am Mittwoch, 2. Juni 2010 in der Stadt Burg, In der Alten Kaserne 2, 39288 Burg

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 12:45 Uhr

Teilnehmer
s. beigefügte Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 13.01.2010 in der Hansestadt Stendal (versandt per E-Mail am 19.01.2010)
3. Leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 TVöD;
Sachstand zum Aufbau einer Beispielsammlung für Zielvereinbarungen
4. Mögliche Folgen der Gemeindegebietsreform für die Verwaltungsstruktur und die Personalbedarfsplanung in den Städten und Gemeinden
Hinweis:
Als Hintergrundinformation ist eine Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 23.03.2010 beigefügt.
5. Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten;
Vorschläge zur Überarbeitung der Lehr- und Stoffverteilungspläne für die Beschäftigtenlehrgänge I und II des kommunalen Studieninstitutes
Hinweis:
Die aktuellen Lehr- und Stoffverteilungspläne sind beigefügt.
6. Großkundenrahmenvertrag mit der Deutschen Bahn AG; Rabatteinstufung
7. Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle
8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen
9. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Hell eröffnet die Sitzung des Arbeitskreises. Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird festgestellt.

Zu TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 13.01.2010 in der Hansestadt Stendal (versandt per E-Mail am 19.01.2010)

Die per E-Mail am 19.01.2010 versandte Niederschrift wird genehmigt.

Zu TOP 3: Leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 TVöD; Sachstand zum Aufbau einer Beispielsammlung für Zielvereinbarungen

Herr Liebenehm führt aus, dass sich die Arbeitgeberseite im Tarifabschluss vom 27.02.10 zur LOB nicht in dem gewünschten Umfang durchsetzen konnte. Das Finanzvolumen für LOB wird in Jahresschritten auf 2% bis 2013 angehoben. Ob die LOB als Führungsinstrument Bestand haben wird, kann die kommunale Ebene bis 2013 vorleben. Positiv werde eingeschätzt, dass sich die Kommunikation zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiter verbessert hat. Die Länder NRW und Hessen haben für kommunale Beamte die Leistungsbezahlung nach den Modalitäten des TVöD eingeführt bzw. planen die Einführung. LSA hat diese Möglichkeit leider nicht aufgegriffen. Der SGSA wird in dieser Sache nochmals im Landtag aktiv werden.

Herr Hell, Herr Hohl, Frau Mittendorf und Frau Jantz beteiligten sich an der Diskussion. Übereinstimmend kam zum Ausdruck, dass sich die Zielvereinbarung gegenüber der systematischen Leistungsbewertung durchgesetzt hat, die „Gießkanne“ bei voller Ausschüttung nicht tarifkonform sei und sich der Arbeitsaufwand nach erfolgreicher Einführung der LOB verringert habe.

Zu TOP 4: Mögliche Folgen der Gemeindegebietsreform für die Verwaltungsstruktur und die Personalbedarfsplanung in den Städten und Gemeinden

Nach den Worten von Herrn Liebenehm wird die Einwohnerzahl in LSA bis 2025 um ca. 18,6 % zurück gehen. Mit Wegfall des Solidarpaktes II ab 2019 werden die Einnahmen erneut sinken, wobei davon auszugehen ist, dass das Land die Kommunen an den Mindereinnahmen beteiligen will. Die Schuldenbremse ab 2013 wird die Finanzsituation zudem verschärfen. Es steht zu befürchten, dass das Finanzierungsproblem zu stark über den Personalhaushalt gelöst werden soll.

Herr Liebenehm nimmt Bezug auf das Gutachten der KGSt im Auftrage des MI, des Landkreistages und der Landkreise LSA. Im Gutachten werden Empfehlungen für die stellenbezogene und strukturelle Ausgestaltung der künftigen Landkreisorganisation vorgestellt.

Auch die Kommunen müssen sich dieser Problematik stellen. Derzeit gibt es Überlegungen, wonach auch für Städte und Gemeinden ein Gutachten zur künftigen Organisationsstruktur beauftragt werden soll. Der SGSA möchte sich an die Spitze der Bewegung setzen, um den notwendigen Gestaltungsspielraum bei der Erstellung, Bewertung und Umsetzung eines möglichen Organisationsgutachtens zu schaffen. Diesbezügliche Entscheidungen sind sehr wahrscheinlich und werden in Kürze erwartet.

Daraufhin setzte eine Diskussion zur effektiven Aufgabenwahrnehmung und zum angemessenen Stellenbedarf ein.

Frau Mittendorf führte aus, dass die letzte ORGA-Untersuchung in der Landeshauptstadt Magdeburg zeigte, dass der „Schwamm ausgedrückt“ sei. Im Baudezernat wurden ca. 500 Stellen überprüft, mit dem Ergebnis, dass zwar ein enormer Teil von Arbeitsaufgaben umverteilt wurde, jedoch lediglich 3 Stellen abbaufähig sind. Hier wird nun ein Methodenwechsel erforderlich, das heißt, weg von der stellenbezogenen und hin zur flächendeckenden Betrachtung. Frau Mittendorf erklärte erneut, dass die Landeshauptstadt Magdeburg externe ORGA-Untersuchungen für andere Städte übernehmen könne.

Aufgrund der Anfrage von Herrn Hohl erklärt Herr Liebenehm, dass sich der SGSA bewusst zu Kennzahlen im Personalbereich nicht äußere. Schließlich ist der ausgewiesene Stellenbedarf ausschließlich Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Welches Personal benötigt wird, hängt u. a. von der Aufgabenvielfalt, -intensität, der IT-Ausstattung und den Vorgaben der Politik ab.

Im Anschluss gab es eine kurze Diskussion zu den geänderten Anforderungen aus Umstellung zur doppischen Haushaltsführung. Herr. Hohl interessierte sich für die Stelleninhalte der Finanzbuchhalter. Herr. Kuschel aus Halberstadt erklärte sich bereit, die Stellenbeschreibungen dem AK zur Verfügung zu stellen.

**Zu TOP 5: Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten;
Vorschläge zur Überarbeitung der Lehr- und Stoffverteilungspläne für
die Beschäftigtenlehrgänge I und II des kommunalen Studieninstitutes**

Die letzte Überarbeitung der Lehr- und Stoffverteilungspläne für die Beschäftigtenlehrgänge I und II hat im Jahr 2000 stattgefunden. Herr Liebenehm widmet sich dieser Problematik und arbeitet in der hierfür eingerichteten AG beim SGSA mit. Er informierte, dass sich diese am 17.05.2010 erstmals traf. Nach erster Einschätzung werden die Fernaufgaben wegfallen. Im September 2010 wird sich die AG das nächste Mal treffen. **Da die Anforderungen aus der Praxis formuliert werden müssen, bat er um entsprechende Vorschläge bis 31. August 2010.**

Herr Hohl wies darauf hin, dass das Vergaberecht in den Beschäftigtenlehrgängen stärker berücksichtigt werden müsse. Zudem sollte der Europabezug gestärkt werden. Herr Liebenehm wird diesen Hinweis mit aufnehmen.

Die weitere Diskussion befasste sich mit den Rahmenbedingungen (Blockmodell bzw. Unterricht jeweils am Freitag und Samstag, Eigenbeteiligung Beschäftigte, etc.) der Lehrgänge. Insgesamt sei der Bedarf für B I-LG eher rückläufig.

**Zu TOP 6: Großkundenrahmenvertrag mit der Deutschen Bahn AG;
Rabatteinstufung**

Herr Liebenehm erörterte, dass die Deutsche Bahn AG i. S. Rabattierung zwischen Verbänden, Behörden und Unternehmen unterscheide. In jedem Fall steht die Rabatthöhe zum erreichten Jahresumsatz. Von diesen Rabattstufen rückt die DB AG nicht ab. Insgesamt zeigt sich dieser Konzern dahingehend wenig flexibel. Herr Liebenehm kündigt an, dass der SGSA über seine Bundesverbände DST und DStGB Gespräche mit dem Bahnvorstand anregen wird, um die derzeitigen Konditionen zu verbessern.

Zu TOP 7: Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle

1. Erlass zur Einführung eines Haushaltskennzahlensystems

Bei den Teilnehmern des AK besteht Einigkeit darin, dass dieses Frühwarnsystem in Sachsen-Anhalt nicht die gewünschten Effekte erzielt, da sich ein Großteil der Kommunen in LSA bereits in der Haushaltskonsolidierung befindet. Der SGSA vertritt die Auffassung, dass es keine Rechtsgrundlage gibt, wonach Städte und Gemeinden gegenüber der Kommunalaufsicht berichtspflichtig sind. Lediglich § 135 GO LSA regelt das Informationsrecht, das jedoch nicht präventiv ausgeübt werden darf. Eine Teilnahme ist deshalb freiwillig.

2. Einheitliche Behördennummer D115

Das Ziel der einheitlichen Behördennummer besteht darin, die Telekommunikation bei Kommunen und Ländern zusammenzuführen. Voraussetzung für die D115 ist bereits die Zusammenfassung von kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen. Insgesamt stellte sich die Frage, ob die einheitliche Behördennummer D115 in den Kommunen tatsächlich die Priorität hat. Im Rahmen der interkommunalen Kooperation mag diese Maßnahme an Bedeutung gewinnen.

Zu TOP 8: Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Herr Hell fragt nach, ob es weitere Besprechung zu ITN gibt.

Herr Liebenehm erklärt, dass derzeit die Nutzung des Polizeinetzes den Kommunen kostenlos zur Verfügung stehe. Die Datenübertragungsraten reichen längst nicht mehr aus. Es ist ohnehin ein neues Landesdatennetz vorgesehen, welches für die Kommunen auf symmetrischen Leitungen basieren muss. Die Ergebnisse der Ausschreibung des Landes bleiben abzuwarten. Herr Liebenehm bat um ständigen Informationsaustausch.

Herr Hohl informiert sich, ob auch andere Kommunen hauptamtliche Arbeitskräfte im feuerwehrtechnischen Dienst beschäftigen. Nach § 46 TVöD ist der Arbeitgeber verpflichtet, Ausgleichszahlungen zu leisten. Herr Kuschel verweist auf Erfahrungen in der Stadt Halberstadt und würde für individuelle Gespräche zur Verfügung stehen.

Frau Liedtke erklärt, dass die Stadt Burg an einem Erfahrungsaustausch i. S. Zentrales Gebäudemanagement interessiert sei. Die Städte Halberstadt, Stendal und Magdeburg stellten sich zur Verfügung.

Herr Kreft erkundigt sich zu Zensus 2011, ob neue Ergebnisse zur Kostenfrage bekannt sind, evtl. Aussagen zur Verfassungsbeschwerde bzw. Informationen vom Landesgesetzgeber.

Herr Liebenehm erklärt, dass der SGSA die Kostenermittlung exemplarisch durchgeführt habe und zu dem Ergebnis kam, dass die Kosten doppelt so hoch sind, wie das Land Mittel zur Verfügung stellen wird. Das Innenministerium hat die Forderung des SGSA nach mehr Geld bereits abgelehnt. Das Gesetz soll in Kürze vom Landtag beschlossen werden. Ob die Forderung nach einer Aufstockung der Mittel aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten.

Nach Prüfung des Rahmenvertrages mit der Telekom schätzt Herr Hell ein, dass sich das Angebot für die Stadt Stendal nicht rechnet. Frau Mittendorf bestätigt das Prüfergebnis auch für Magdeburg. Herr Kuschel wirft ein, dass sich die Stadt Halberstadt von der Telekom trennt habe.

Herr Hell möchte wissen, ob Haushaltssachbearbeiter, die bisher dem mittleren Dienst zugeordnet waren, tatsächlich mit Einführung der Doppik in den gehobenen Dienst rücken. Frau Mittendorf verneint dies und ergänzt, dass in der Landeshauptstadt Magdeburg lediglich in der Projektphase einzelne Mitarbeiter befristet, nach höherer Entgeltgruppe vergütet werden.

Herr Kuschel wird die Stellenbewertung und –beschreibung für die zentrale Finanzverwaltung zur Verfügung stellen.

Zu TOP 9: Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die **nächste Sitzung** findet am **Donnerstag, 04.11.2010, 10:00 Uhr** in der Stadt **Halberstadt** statt.

gez.
Lorenz/Liedtke

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



Anwesenheitsliste
zur Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)
am Mittwoch, 02.06.2010, in Burg

Kommune	Name	Unterschrift
Aschersleben, Stadt	Frau Annecke	
Bernburg, Stadt	Herr Hohl	<i>Hohl</i>
Blankenburg, Stadt	Frau Hellwich	
Burg, Stadt	Frau Liedtke	<i>Liedtke</i>
Halberstadt, Stadt	Herr Kuschel	<i>Kuschel</i>
Haldensleben, Stadt	Herr Heutling	<i>Heutling</i>
Holtemme, AZV	Frau Vogelsang	<i>Vogelsang</i>
Köthen, Stadt	Herr Richter	
Magdeburg, Landeshauptstadt	Frau Mittendorf	<i>Mittendorf</i>
Möser, Gemeinde	Frau Jantz	<i>Jantz</i>
Niedere Börde, Gemeinde	Frau Schneider	
Oschersleben, Stadt	Frau Klare	
Quedlinburg, Stadt	Frau Goldbeck	entschuldigt
Salzwedel, Hansestadt	Herr Holz	entschuldigt
Schönebeck, Stadt	Herr Kreft	<i>Kreft</i>
Staßfurt, Stadt	Herr Gbur	<i>Gbur</i>
Stendal, Hansestadt	Herr Hell	<i>Hell</i>
Wanzleben-Börde, Stadt	Frau Dr. Neshau	<i>Neshau</i>
Wernigerode, Stadt	Herr Dorff	
SGSA	Herr Liebenchm	<i>Liebenchm</i>
Calbe (Saale), Stadt	Frau Bartels	<i>Bartels</i>

Hoyland@calbe.de